

chigen Zeitungen, in der dem Magazin Missbrauch der Pressefreiheit vorgeworfen wurde. Auch die Regierung schaltete sich ein: Regierungschef Tung Chee-hwa äußerte seine Abscheu und die Polizei erklärte, sie wolle ermitteln, ob bei der Aufnahme des Fotos ein Verbrechen begangen worden sei. *Eastweek* entschuldigte sich zwar ebenfalls mit ganzseitigen Anzeigen, wurde aber geschlossen; mindestens drei Manager und die meisten der 200 Beschäftigten sollen entlassen worden sein.

Brisant erscheint der Fall vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um den geplanten Anti-Subversions-Artikel 23 und die befürchtete Einschränkung der Pressefreiheit. Kommentare verwiesen denn auch darauf, dass die Justizministerin bereits angekündigt habe, die Pressefreiheit sei nicht unantastbar. Mit der Einstellung von *Eastweek* auf Druck der Öffentlichkeit habe sie nun ein Beispiel. (XNA, 3.11.02; FAZ, 4.11.02; WSJ, 5., 8.11.02) -gs-

39 Wohnungspolitik revidiert

Der Minister für Wohnungsbau, Stadtplanung und Bodenverwaltung Michael Suen hat am 13. November vor der Legislativversammlung eine Stellungnahme zur Wohnungs- und Eigentumspolitik der Regierung abgegeben, die ein deutliches Umsteuern bedeutet. Dieses scheint notwendig geworden zu sein, nachdem einerseits die finanziellen Mittel der Regierung geringer geworden sind und andererseits die wirtschaftliche Krise zu Einbrüchen auf dem freien Wohnungsmarkt geführt hat. Bereits kurz vor der Stellungnahme hatte der Regierungschef Tung Chee-hwa auf einer Pressekonferenz die Maßnahmen mit der anhaltenden Deflation begründet. Ein wesentlicher Grund dafür sei der auf 65% geschätzte Fall der Eigentums- und Mietpreise seit dem Ausbruch der Krise. Nach Schätzungen von Fachleuten seien 50-60% der Deflation auf die Entwicklung des Wohnungsmarktes zurückzuführen. Durchgreifende Maßnahmen seien daher erforderlich, um die Preise für Wohneigentum zu stabilisieren und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die Schaffung von Eigentum zurückzugewinnen.

Oberstes Ziel der Wohnungspolitik ist laut Suen die Versorgung bedürftiger Familien mit subventionierten Mietwohnungen; die Interventionen in den Eigentumsmarkt durch Hilfsprogramme würden auf ein Minimum zurückgeführt werden. Die Regierung werde sich damit auf die Versorgung des Marktes mit Land und die Zahlung von Mietbeihilfen konzentrieren. Das öffentliche Wohnungsbauprogramm werde noch stärker durch den tatsächlichen Bedarf gesteuert werden; die Warteliste sei von 150.000 Familien in 1997 auf derzeit 90.000 Familien verkürzt worden und die Wartezeit für öffentliche Mietwohnungen könne bei durchschnittlich drei Jahren stabil gehalten werden.

Man werde auch künftig Familien mit niedrigem Einkommen und Mieter öffentlicher Wohnungen dabei unterstützen, Eigentum zu bilden, aber nicht mehr durch die direkte Versorgung mit subventioniertem Wohnraum, sondern mit Anleihen zum Kauf von Wohnungen eigener Wahl. Die Regierung könne damit auch ihr Planziel fallen lassen, bis Ende 2007 für 70% der Bevölkerung Wohneigentum zu erreichen, und werde mit der Anleihenpolitik eher den Markt stärken. Derzeit könnten bereits 20.000 fertige Wohnungen nicht verkauft werden, während 30.000 weitere noch im Bau seien. Die Regierung werde daher der Housing Authority empfehlen, den Bau und Verkauf von Wohnungen nach dem Home Ownership Scheme ab 2003 definitiv einzustellen. Auch alle Bauprogramme gemeinsam mit dem Privatsektor würden eingestellt.

Die angekündigten Maßnahmen sollten allerdings nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, die Hongkonger hätten keinen Bedarf an Wohnungen. Bereits am 6. November hatte Minister Suen der Legislativversammlung berichtet, dass insgesamt 10.324 bzw. 1,7% der Hongkonger Familien in öffentlichen Wohnungen weniger als 5,5 qm Wohnraum pro Person zur Verfügung haben. So wenig Wohnraum stand auch ca. 10.000 bzw. 3% der Familien in Privatwohnungen zur Verfügung, zeigte die letzte Untersuchung von 1999. Es sei dringend erforderlich, so Suen, eine sozioökonomische Untersuchung über die Auswirkungen des Lebens auf engstem Raum auf Bewohner und Kinder durchzuführen. Die Housing Authority hat-

te im Januar 2001 Hongkong-weit ein Over-crowding Relief Scheme eingeführt, für das sich bereits 7.480 Familien beworben haben und das 3.310 Familien zu größeren Wohnungen verholfen hat. (www.info.gov.hk/gia/general/200211/13/1113269.htm und .../1113135.htm; SCMP, 6.11.02) -gs-

SVR Macau

40 Edmund Hos vierte Regierungserklärung

Macaus Regierungschef Edmund Ho gab am 20. November vor der 27-köpfigen Legislativversammlung seine Regierungserklärung 2003 ab. Ho ist jetzt 47 Jahre und erfreut sich guter Umfrageergebnisse. Die Zustimmungsrate liegt bei 80%. (Zum Vergleich: Bei Hongkongs Regierungschef Tung Chee-hwa beträgt sie nach einer jüngsten Umfrage der Hongkonger Universität 47,1%.) Er bescheinigte Macaus Wirtschaft eine „nachhaltige und gesunde Entwicklung“ nach Errichtung der Sonderverwaltungsregion (SVR) Ende 1999. In seiner Ansprache hob er die Konsolidierung der regionalen Kooperation, Verwaltungsreformen und die Verbesserung der Ausbildung für die Bürger Macaus hervor. Bei der Wirtschaftsentwicklung würden die Tourismus- und die Glücksspielindustrie weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Der Regierungschef kündigte eine lineare Einkommensteuersenkung um 25% an. Weiterhin ausgesetzt blieben die Geschäftssteuer und die Tourismussteuer, die Restaurants zahlen müssen. Die Eigentumssteuer werde um 500 MPtc reduziert. Diese Maßnahmen kosten die Regierung 250 Mio. MPtc. Die Einkommensteuer beträgt 10% bis 15%. Ausgenommen von der Steuer sind Personen, die weniger als 85.000 MPtc im Jahr verdienen. Die Spanne soll auf 7% bis 12% gesenkt, das Mindesteinkommen auf 95.000 angehoben werden. Auch die über 17.000 Staatsbediensteten sollen fortan Einkommensteuer zahlen. Einige ihrer Vertreter werden möglicherweise gerichtlich gegen eine solche Entscheidung vorgehen. Sie berufen sich auf Artikel 95 des *Basic Law* von Macau,

wonach ihnen auch für die Zeit nach Errichtung der SVR die Beibehaltung ihrer bisherigen Privilegien bestätigt werde. Regierungsbeamte sehen solchen möglichen Auseinandersetzungen gelassen entgegen. Für sie steht Artikel 25, der die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz proklamiert, über Artikel 95. Macaus Regierung kann die Steuersenkungen verkraften, weil ihr Haushalt genügend Reserven aufweist. Im ersten Halbjahr 2002 beliefen sich die Gesamteinnahmen auf 5,53 Mrd. MPtc, während die Ausgaben nur 4,15 Mrd. MPtc ausmachten.

Edmund Ho versprach umfassende Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit (sie liegt seit einigen Jahren bei über 6%). Die Regierung werde insgesamt 1,8 Mrd. MPtc (225 Mio. US\$) in öffentliche Bauvorhaben investieren, wodurch sie sich die Schaffung von 8.000 Arbeitsplätzen erhoffe. Man werde versuchen, mehr Arbeitsplätze in den Bereichen Umweltschutz und Verschönerung zu schaffen. Auch durch die weitere Entwicklung des Dienstleistungssektors, eine der Säulen der Wirtschaft Macaus, solle es ein größeres Angebot an Arbeitsgelegenheiten geben. Der Sektor benötige allerdings dringend Fachkräfte. Die Regierung werde sich deshalb verstärkt an die Ausbildung von Angestellten und Arbeitslosen machen.

Mehr Unterstützung sagte Edmund Ho den kleineren und mittleren Betrieben für das nächste Jahr zu. Diese hätten bisher relativ wenig von Macaus wirtschaftlicher Erholung profitiert. Die Betriebe, die viel zu Macaus Entwicklung beigetragen und viele Arbeitsmöglichkeiten bereitgestellt hätten, kämpften jetzt zum Teil aus Mangel an Geldmitteln und Technologie ums Überleben. Zu den Hilfsmaßnahmen gehören ein von der Regierung gestützter Fonds als Garantie für Bankdarlehen, zinsfreie Darlehen als „Starthilfe“ und eine Vereinfachung bei Antragsverfahren für Catering-Lizenzen. Letztere werde im ersten Halbjahr 2003 vorgenommen.

Auch den Benachteiligten wurde in der Erklärung mehr Hilfe versprochen. So werde die Regierung im kommenden Jahr 20 Mio. MPtc (2,5 Mio. US\$) als spezielle Unterstützung für Alleinerziehende, Behinderte und langjährig Kranke bereitstellen. Weitere 10 Mio. Pataca (1,25 Mio. US\$) werden als

Beihilfe für Studenten aus armen Familien zur Verfügung stehen. Auch ein Bündel von Steuererleichterungen, gelobte Edmund Ho, solle die Lage der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten lindern helfen.

Nach seiner Regierungserklärung teilte Edmund Ho der Presse mit, dass nach den erwarteten 5% bis 6% Prozent für dieses Jahr (je nach Exportentwicklung im 4. Quartal) das Wachstum für das kommende Jahr auf 4% geschätzt werde. Am nächsten Tag beantwortete er auf einer weiteren Sitzung der Legislativversammlung Fragen ihrer Mitglieder. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 19., 20.11.02; RMRB, 21.11.02; XNA, 21., 22.11.02; SCMP, 21., 22.11.02) -ljk-

Taiwan

41 Taipei billigt Charterflüge nach Shanghai

Am 12. November beschloss Taiwans Regierung, zum kommenden chinesischen Neujahrsfest (1. Februar 2003) erstmals taiwanischen Fluggesellschaften Direktflüge nach Shanghai zu erlauben, und zwar für den Zeitraum vom 26. Januar bis zum 10. Februar. Davon profitieren würden insbesondere die etwa 300.000 im Großraum Shanghai lebenden Taiwaner, die, wie alle Chinesen, zu diesem höchsten Fest im chinesischen Kalender heimfahren.

Die Entscheidung ist freilich in mehrfacher Hinsicht weniger spektakulär, als sie angesichts des Stillstandes bei der Zulassung direkter Verkehrsbeziehungen scheinen mag:

1. Es handelt sich zwar technisch gesehen um Direktflüge, aber keineswegs um Flüge auf direkter Route. Vielmehr sollen alle Flüge mit Zwischenlandung in Hongkong oder Macau erfolgen – ob eventuell auch ein Umweg durch den dortigen Luftraum ohne Landung toleriert wird, ist noch offen. Damit entsteht für die Heimkehrenden weder ein wesentlicher Kostenvorteil noch ein nennenswerter Zeitgewinn. Entsprechend

war auch von „indirekten Flügen“ sowie von „indirekten Direktflügen“ die Rede, um so zumindest nominell den Bann gegen Direktflüge zu wahren.

2. Direktflüge dieser Art gab und gibt es bisher auch schon, nur nicht von taiwanischen, sondern von Hongkonger bzw. macanesischen Fluggesellschaften. Für Reisende aus bzw. nach Taiwan war dies mit einer Zwischenlandung und einem Wechsel der Flugnummer, nicht aber mit einem Wechsel des Fluggeräts verbunden. Da nach der neuen Regelung in Hongkong bzw. Macau keine Flugreisenden aus- oder einsteigen sollen, könnten die Aufenthalte auf den Flughäfen allerdings sehr kurz gehalten werden.
3. Die Flüge sollen ausschließlich von taiwanischen Geschäftsleuten für sich und ihre Angehörigen gebucht werden können; dazu sollen die taiwanischen Handelsverbände auf dem Festland Listen erstellen, aus denen hervorgeht, wer zu den Geschäftsleuten zählt und wer nicht.
4. Die Flugzeuge werden leer hin- und nach dem Fest leer zurückfliegen müssen. Ob die Regelung über die Zeit des Neujahrsfestes ausgedehnt wird, ist noch offen.

Trotz dieser Einschränkungen bekundeten Taiwans Fluggesellschaften ihr Interesse, die Flüge durchzuführen. Insgesamt liegt die Bedeutung der taiwanischen Entscheidung jedoch mehr im politischen als im praktischen Bereich. Die Regierung stand freilich von allen Seiten unter Druck. Zum einen fordern sowohl Beijing als auch die taiwanische Geschäftswelt seit langem die Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland, zum anderen hatte der vom Oppositionsparlamentarier John Chang vorgebrachte Vorschlag, zum Neujahrsfest Charterflüge zuzulassen, auch die Unterstützung einer Parlamentsmehrheit gefunden. Gegen Direktflüge auf kürzerer Route sprechen jedoch nach wie vor erhebliche militärische Sicherheitsbedenken, da der sensible Luftraum zwischen Taiwan und dem Festland von anfliegenden Maschinen frei zu bleiben hat, während Taiwan aus ebenso grundsätzlichen politischen Erwägungen heraus reguläre Direktflüge erst nach